

Titel:

Von „Low Cost“-Partizipanten zu politisch Engagierten -
Was junge Menschen
zum politischen Engagement motiviert

Autorin:

Sophie Herrmann

Diese wissenschaftliche Arbeit wurde im Rahmen eines Studiums
„Parlamentsfragen und Zivilgesellschaft M.A.“
an der

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

verfasst.

Halle (Saale), 24.08.2017

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
2. Politische Partizipation junger Menschen	5
2.1 Definition und Abgrenzung zur sozialen Partizipation.....	5
2.2 Formen.....	6
2.2 Altersspanne „Junge Menschen“.....	7
3. Motive zur politischen Partizipation	8
3.1 Partizipationsmodell nach Verba et al.....	8
3.2 Motivationsfaktoren zum Engagement.....	9
3.3 Motivationsfaktoren zur Engagement-Stabilisierung.....	13
4. Engagements-Hürden	14
4.1 Hürden auf dem Weg zum Engagement.....	14
4.2 Hürden während des Engagements.....	16
5. Gegenüberstellung Motivation und Hürden	17
6. Fazit und Ausblick	18
7. Literaturverzeichnis	21

1. Einleitung

Schließt man sich der herrschenden Meinung der Demokratietheorie an, wonach „die Institutionalisierung allgemeiner und gleicher Partizipationsrechte sowie ihre Nutzung durch die Bevölkerung zu den unverzichtbaren Merkmalen der Demokratie gehören“ (Gabriel/Völkl 2008: 268), können die aktuellen Studienergebnisse der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Partizipation junger Menschen beunruhigend wirken. Zumindest dann, wenn daraus Schlussfolgerungen für die Demokratie „von morgen“ abgeleitet werden und sich die Frage gestellt wird, wie in Zukunft das Personal für einen Politikbetrieb rekrutiert werden soll. Ausschlaggebend für mögliche Zweifel ist u.a. folgender Befund: Es ergibt sich ein Gesamtbild, wonach bis auf wenige Ausnahmen, wie der Teilnahme an Wahlen, die Bereitschaft zur Partizipation erheblich von der messbaren Aktivität abweicht (vgl. Gaiser/Rijke 2016: 52). Lediglich für sogenannte „Low Cost“-Aktivitäten, also Aktivitäten, die mit einem geringen Aufwand verbunden sind (vgl. Diekmann/Preisendörfer 2001: 117), lassen sich größere Zahlen der jungen Menschen gewinnen (vgl. Gaiser/Rijke 2016: 52). Dazu zählen zum Beispiel politischer Konsum und die Teilnahme an einer Unterschriftensammlung (vgl. ebd.). Vor dem Hintergrund der Tendenz der Abnahme der Beteiligung junger Menschen an politischen Partizipationsformen und angesichts der Notwendigkeit eines Pools an Menschen für den politischen Betrieb, ist es daher von wissenschaftlicher Relevanz zu fragen, was junge Menschen zur politischen Partizipation motiviert. Diese Fragestellung ist insofern interessant, weil die Ergebnisse weitergedacht werden könnten, um Strategien zu entwickeln, die junge Menschen zum politischen Engagement bewegen könnten.

Zur Beantwortung der Fragestellung muss zunächst geklärt werden, was im Rahmen des aktuellen Forschungsstandes als „politische Partizipation“ bezeichnet wird und welche Definition dieser Arbeit zugrunde gelegt werden soll. Des Weiteren wird der Begriff von der bedeutungsähnlichen sozialen Partizipation abgegrenzt. Außerdem wird auf die verschiedenen Formen eingegangen. Zuletzt wird kurz erläutert, wie die Altersgruppe „junge Menschen“ in der diesbezüglichen Forschung definiert wird.

In einem nächsten Kapitel wird schließlich dezidiert dem Kern der Forschungsfrage nachgegangen, indem die Motive politischer Partizipation beleuchtet werden. Da es sich dabei um ein vielschichtiges Thema handelt, wird der Frage durch das Beschreiten verschiedener Dimensionen begegnet, deren Bündelung im Gesamtbild Aufschluss über die Motivationslage geben soll: Es werden zum einen die Motivationen in den Blick genommen, die zum Engagement führen und andererseits auch diejenigen Motivationen berücksichtigt, die ursächlich für dessen Fortführung sind. Da zu Motivationen auch immer Gegenspieler gehören, werden im Anschluss verschiedene Hürden zusammengefasst, die einem Engagement im Wege stehen können bzw. sich während des Engagements ergeben.

Es wird also gegenüber dem Faktor der Motivationen der damit konkurrierende Faktor der Hürden berücksichtigt. Denn mit der Frage nach der Motivation geht auch die Frage der Nicht-Motivation bzw. nach den Faktoren, die diese ausschließen, einher. Grundlage dafür bilden zwei jüngere Studien, in denen engagierte Menschen in qualitativen und quantitativen Erhebungen zu ihren Motiven befragt wurden: Zum einen die 2013 durchgeführte Pilotstudie von d|part, einem Think Tank für politische Partizipation. Als Grundgesamtheit wurden junge Ehrenamtliche des Deutschen Youth for Understanding Komitees (YFU) e.V. ausgewählt und mit diesen eine qualitative Gruppendiskussion geführt, in der es darum ging, herauszufinden, was die TeilnehmerInnen zu ihrem Engagement motiviert (vgl. Heyer/Hübner 2013: 1).

Des Weiteren werden die Ergebnisse der Jugendstudie der Friedrich-Ebert-Stiftung (im Folgenden FES) aus dem Jahr 2015 einbezogen. Diese beiden Studien wurden deshalb ausgewählt, weil dort, im Gegensatz zu anderen Jugendstudien, wie beispielsweise der Shell Jugendstudie, dezidiert nach den Motivationen gefragt wurde. Die Shell-Studie taucht nur im Zusammenhang mit einem Ergänzungsstrang zur Beantwortung der Fragestellung auf, wenn es um die Motivationshürden geht. Die Motivationen und Hürden werden anhand des Modells zur Erklärung von politischer Partizipation nach Verba et al. strukturiert. Es wird also neben dem Erfassen der (Nicht-) Motivationen der Versuch unternommen, diese in einem Modell einzuordnen und damit eine Einheitlichkeit für einen Programmentwurf zu liefern. Im Anschluss daran werden Motive und Hürden einander gegenübergestellt und untersucht, inwiefern sich Schnittstellen und Abweichungen feststellen lassen.

Im Fazit werden einerseits die verschiedenen Ergebnisse zusammengefasst und im Sinne eines Ausblickes Überlegungen angestellt, wie sich Konzepte für mehr Engagement entwickeln ließen. Es wird als Hypothese die Vermutung an den Anfang gestellt, dass vor allem Sozialisationsfaktoren wie der Einfluss der Eltern, der des Freundeskreises und die Bildung grundlegend für die Motivation zum politischen Engagement sind.

2. Politische Partizipation junger Menschen

2.1 Definition und Abgrenzung zur sozialen Partizipation

Bevor sich der Interpretation der verschiedenen Studien anhand der Fragestellung genähert werden kann, muss zunächst geklärt werden, welcher Begriff von politischer Partizipation dieser Arbeit zugrunde gelegt wird. In der Sekundärliteratur stößt man schnell auf den Hinweis, dass es „[...] eine Vielzahl von Definitionen“ gibt (Steinbrecher 2009: 27). Dies lässt sich mit dem Argument von Max Kaase nachvollziehen, wonach „[a]ngesichts der engen Verflochtenheit gesellschaftlicher und politischer Erscheinungen in modernen Gesellschaften [...] fast jedes Handeln, auch innerhalb eines explizit nicht-politisch abgegrenzten Umfeldes, politische Dimensionen im Sinne von politischer Bedeutsamkeit annehmen [kann].“ (Kaase 1997: 160). Markus Steinbrecher begegnet dieser Definitionsvielfalt, indem er die Definitionen entlang einer Dimension ordnet, wobei er an das eine Ende ein weites und an das andere ein enges Verständnis von politischer Partizipation stellt (Steinbrecher 2009: 27-28). Exemplarisch für ein engeres Verständnis sind demnach die ersten Partizipationsstudien, da ihnen ein Partizipationsverständnis zugrunde liegt, das sich allein auf die Wahlbeteiligung oder auf solche Tätigkeiten beschränkt, die sich auf den Wahlakt beziehen (vgl. ebd. S. 27). Demgegenüber gibt es weitere Definitionen, wie die von Günter Radtke, wonach politische Partizipation „die mentale und/ oder sensorische, d.h. die geistige, gedankliche und/oder durch Verhalten sichtbare Beschäftigung mit Politik“ ist (Radtke 1976: 16). Diese beiden Definitionen veranschaulichen, wie sehr der politische Partizipationsbegriff eingegrenzt oder ausgedehnt werden kann. Jedoch erscheinen diese Definitionen wenig aussagekräftig zu sein, und damit nicht geeignet als Grundlegung dieser Arbeit. Vielmehr soll sich für einen Mittelweg entschieden werden, wie ihn Max Kaase mit seiner Definition einschlägt. Er fasst unter politischer Partizipation alle Handlungen, „die Bürger freiwillig mit dem Ziel vornehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen.“ (Kaase 1997: 160).

Diese Bestimmung wird auch in der Sekundärliteratur als „[e]ine mittlerweile weithin gebräuchliche Definition“ beschrieben (Gabriel/Völkl 2005: 528). Oscar W. Gabriel und Kerstin Völkl leiten von dieser Definition einige Kernelemente ab: Bei politischer Partizipation handelt es sich demnach um freiwillige, nicht-berufliche Aktivitäten, die darauf abzielen, „[...]mittelbar oder unmittelbar Einfluss auf Entscheidungen im politischen System auszuüben.“ (Gabriel/Völkl 2005: 528).

Gabriel und Völkl verleihen der Definition mehr Schärfe, indem sie weitere Ausschlüsse ableiten. So seien von der politischen Partizipation nicht „politische Einstellungen wie das politische Interesse oder die Zufriedenheit mit der Demokratie“ sowie „kommunikative Handlungen, wie das Lesen einer Zeitung oder das Diskutieren mit Nachbarn über Politik“ erfasst. Auch nicht darunter fielen „unfreiwillige oder unterstützende Handlungen, wie das Zahlen von Steuern oder das Hissen der Nationalflagge [...]“. Außerdem schließen sie auch politische Gewalt davon aus (vgl.

Gabriel/Völkl 2005: 528-529). Zwar lässt diese Definition noch erheblichen Spielraum für Eigendeutungen zu, was im konkreten Fall als politische Partizipationsform aufgefasst werden kann, allerdings stellt sie in Kombination mit den Erläuterungen von Gabriel und Völkl einen kleinen Kriterienkatalog zur Verfügung, der zur Argumentation verwendet werden kann. Mangels einer klareren, im Sinne einer differenzierteren Fassung des Begriffs, wird sich daher in diesem Fall für diese Definition entschieden.

Eine weitere begriffsnahe Partizipationsform, die von der politischen Partizipation abzugrenzen ist, ist die der sozialen Partizipation, da diese „eine eigene Kategorie von Verhaltensformen“ (Steinbrecher 2009: 29) darstellt. Gabriel und Völkl fassen unter sozialer Partizipation

„alle individuell oder gemeinsam mit anderen ausgeführten freiwilligen Aktivitäten, die nicht unter die Erwerbstätigkeit fallen und das Ziel verfolgen, sich selbst oder anderen unentgeltlich materielle oder immaterielle Güter wie Geld, Pflege, Wohlbefinden, Unterhaltung oder soziale Kontakte zur Verfügung zu stellen.“ (Gabriel/Völkl 2005: 529).

Folglich ist der Begriff im Vergleich zur politischen Partizipation breiter angelegt und umfasst auch nicht-politische Zielsetzungen (vgl. ebd.). Das Ziel der sozialen Partizipation ist „soziale Integration und Unterstützung“ (ebd.) und nicht, wie im Falle der politischen Partizipation, die „Einflussnahme auf allgemein verbindliche Entscheidungen“ (Gabriel/Völkl 2005: 529). Mit Steinbrecher lässt sich festhalten, dass die beiden Partizipationsformen nicht als Gegensätze aufzufassen sind, sondern durch ihr sich ergänzendes und gegenseitiges beeinflussendes Verhältnis zueinander von der Forschung auch als „bürgerschaftliches Engagement“ zusammengefasst werden (Steinbrecher 2009: 29).

2.2 Formen

Zwar wurde der Begriff politische Partizipation nun schon definitorisch gefasst, es wurde aber noch nicht auf die vielen möglichen Partizipationsformen eingegangen. In der Partizipationsforschung wird dieser Vielfalt damit begegnet, dass die Formen zu Dimensionen zusammengefasst werden (vgl. Gabriel/Völkl 2005: 530). Unterschieden wird beispielsweise in verfasst/nicht verfasst, direkt/indirekt, legal/illegal, legitim/illegitim und konventionell/unkonventionell (vgl. ebd.: 531 ff.). In dieser Arbeit soll aus Platz- und Relevanzgründen nur die Typologie zur Konzeptualisierung politischer Partizipation nach van Deth Erwähnung finden, weil damit in den Beiträgen der FES-Studie gearbeitet wurde. Wie Gaiser und de Rijke zusammenfassen, wird dabei zwischen drei Typen politischer Partizipationsformen unterschieden: konventionelle und unkonventionelle Partizipation, sowie eine expressive Form (vgl. Gaiser/Rijke 2016: 51). Als konventionell seien diejenigen freiwilligen Aktivitäten von Bürgern zu bezeichnen, die „im Bereich Regierung, Politik oder staatlichen Handlungsfeldern“ stattfinden (vgl. ebd.).

Demgegenüber sei unter unkonventionellen Partizipationsformen das Handeln anzusehen, das „nicht im definierten Bereich der Politik stattfindet, aber auf diesen Bereich der Politik zielt.“ (ebd.). Der dritte Typ würde sich von den anderen beiden Typen insofern unterscheiden, dass er „eine motivationale Basis hat, eine expressive Komponente von politischen Zielen und von Intentionen der Beteiligten“ (ebd.). Darunter würden die Varianten von politischem Konsum fallen, die auch als Boykott bzw. Buykott bezeichnet werden (vgl. ebd.).

Hannah Grohe hat zur Veranschaulichung der drei Partizipationstypen diesen verschiedene Partizipationsformen zugeordnet. Unter den konventionellen Typ lassen sich demnach beispielsweise das persönliche Kontaktieren von PolitikerInnen, die aktive Mitarbeit in einer Partei oder einer Gewerkschaft, das Unterstützen einer Wahlkampagne und die Übernahme eines politischen Amtes fassen. Unkonventionelle Formen sind u.a. die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative, die Teilnahme bei einer Unterschriftensammlung oder an einer Demonstration. Als sozial bzw. expressive Form können Tätigkeiten zugeordnet werden, wie die Beteiligung in Versammlungen an öffentlichen Diskussionen oder im Internet, die Mitarbeit an einem politischen Projekt in einem Jugendverband oder einer Jugendinitiative, das Einstellen von Videos oder Fotos mit politischem Inhalt ins Internet (Grohe 2016: 77).

2.3 Altersspanne „Junge Menschen“

Nachdem nun dargestellt wurde, was hier unter politischer Partizipation verstanden wird, bleibt noch zu klären, welche Altersgruppe als „junge Menschen“ bezeichnet wird. Je nach Studie variiert diese Festlegung. Im Falle der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung wurden junge Menschen im Alter zwischen 14 und 29 Jahren befragt (vgl. Steinwede et al. 2016: 16). Ein ähnliches Altersspektrum wurde auch in der Studie von d|part erfasst, dort waren die Befragten zwischen 17 und 28 Jahre alt (vgl. Heyer/Hübner 2013: 3). Im Falle der häufig zitierten Shell Jugendstudie wird mit der Altersspanne von 12 bis 25 Jahren eine zwar etwas jüngere, aber ähnlich große Altersspanne wie im Falle der anderen beiden Studien abgebildet (vgl. Albert 2015).

3. Motive zur politischen Partizipation

Die Motivationen zum politischen Engagement lassen sich anhand der qualitativen FES-Erhebung in zwei Dimensionen ausdifferenzieren: Zum einen wird beantwortet, wie es überhaupt erst zum politischen Engagement kommt und zum anderen, durch welche Faktoren dieses aufrechterhalten wird. (vgl. Sandbrink/Steinwede 2016: 98 ff.). Aus der qualitativen Studie von d|part lassen sich noch weitere Motivationen ergänzen. Die Ergebnisse werden anhand eines Modells zur Erklärung politischer Partizipation strukturiert, das Verba et al. entwickelt haben. Es wurde sich deshalb dafür entschieden, weil in der Forschung formuliert wird, dass sich dieses Modell „mittlerweile als fruchtbar erwiesen“ habe (Gaiser/Rijke 2016: 57). Dabei wird immer strikt zwischen quantitativ und qualitativ erhobenen Ergebnissen unterschieden. Dies wird deshalb als wichtig erachtet, weil diesen beiden Verfahren eine grundverschiedene Logik zugrunde liegt: Werden die Befragten im quantitativen Verfahren mit eher starren Fragengerüsten konfrontiert und damit mehr zur Reaktion als zu eigenständigen Aktion gebracht, wird im qualitativen Verfahren durch die offene Fragengestaltung das Äußern der intrinsischen Motivationen angeregt. Daher wird den qualitativen Ergebnissen im Hinblick auf die Fragestellungen auch ein höherer Stellenwert eingeräumt.

3.1 Partizipationsmodell nach Verba et al.

Warum junge Menschen politisch partizipieren, erläutern Verba et al., indem sie in drei Fragen beantworten, warum junge Menschen *nicht* partizipieren: „[B]ecause they can't; because they don't want to; or because nobody asked.“ (Verba et al. 1995: 15). Gabriel und Völkl fassen zusammen, welche Faktoren jeweils für eine Nicht-Partizipation ursächlich sind: Das Nicht-Partizipieren aus Gründen des Nicht-Könnens hinge unter anderem mit gesellschaftlichen oder persönlichen intellektuellen Ressourcen zusammen, das Nicht-Wollen u.a. mit individuellen Motivationen und das Nicht-Animiertsein habe seinen Ursprung in einem Mangel an Einbindung in sozialen Netzen (Gabriel/Völkl 2008: 289).

Mit welchen Inhalten lassen sich nun aber die drei genannten Kategorien ausfüllen? In der Studie der FES werden zu den Ressourcen u.a. Geschlecht, Alter und Bildung gezählt (vgl. Gaiser/Rijke 2016: 60); unter Motivationen werden politisches Interesse, Selbstwirksamkeit, kritische Wertorientierungen und Vertrauen in politische Institutionen subsummiert (vgl. ebd.: 64) und zu der Kategorie des Eingebunden-Seins in sozialen Netzen werden Faktoren gezählt, wie die Aktivität in Vereinen oder in informellen Gruppierungen, die Anzahl politisch aktiver Freunde und das soziale Vertrauen (vgl. ebd.: 66). Im quantitativen Teil der FES-Studie wurden die Ergebnisse bereits in die drei Dimensionen nach Verba et al. eingeordnet. Für den qualitativen Teil der FES und der d|part-Studie, und damit für den wesentlichen Teil zur Beantwortung der Fragestellung, ist dies allerdings noch nicht erfolgt und wird deshalb in dieser Arbeit geleistet. Die drei Kategorien werden dann

positiv formuliert. Es wird also entschieden, ob die Menschen partizipieren, weil sie über Ressourcen, Motivationen oder soziale Netze verfügen. Insofern Elemente nicht in eine dieser Kategorien passen, werden ergänzend weitere Kategorien formuliert.

Anhand der Beschreibung der drei Kategorien wird hier geschlussfolgert, dass es sich bei den beiden Kategorien der Ressourcen und sozialen Netze um nicht intendierte Einflüsse, also Motivationen im weiteren Sinne handelt. Zwar wirken sich soziale Netze und Ressourcen auf das Partizipationsverhalten aus, dennoch kann hier von Motivation höchstens nur in einem indirekten Sinne gesprochen werden, wenn konstatiert werden kann, dass die beiden Faktoren Auswirkungen auf das Partizipationsverhalten haben. Demgegenüber gehen aus der Kategorie der Motivation die intrinsischen Motivationen hervor, was hier als Motivationen im engeren Sinne aufgefasst wird. Zwar werden auch die beiden indirekten Faktoren der sozialen Netze und der Ressourcen einbezogen, der Schwerpunkt liegt aber auf der Betrachtung der Motivationen im engeren Sinne, weil dadurch die intrinsischen Motivationen der Partizipierenden am besten sichtbar werden, was Ziel der Fragestellung ist. Aus dem quantitativen Teil werden aus Platz- und Relevanzgründen nur die signifikanten Ergebnisse einbezogen, die einen hohen Einfluss auf die Motivation haben. Insofern werden nur die als relevant erscheinenden Daten ausgewählt und in diese Arbeit einbezogen.

3.2 Motivationsfaktoren zum Engagement

Soziale Netze

Aus dem qualitativen Teil geht hervor, dass zum politischen Engagement vor allem das soziale Umfeld beiträgt, wie ein politisch interessierter Freundeskreis und die Familie (vgl. Sandbrink/Steinwede 2016: 99). Der Effekt sozialer Netze wird auch im quantitativen Teil sichtbar, wobei sich bei der Unterscheidung in die Partizipationstypen ein noch differenzierteres Bild ergibt: So sind junge Menschen, die in Vereinen aktiv sind, eher bei konventionellen Partizipationsformen aktiv und Menschen, die nicht derartig eingebunden sind, eher im unkonventionellen Bereich. Auch beim politischen Konsum sind etwas mehr Menschen aktiv, die auch in Vereinsstrukturen eingebunden sind (vgl. Gaiser/Rijke 2016: 65 f.). Des Weiteren lässt sich feststellen, dass die Aktivität in informellen Gruppen sich ebenfalls auf das Partizipationsverhalten auswirkt. Das wird daran sichtbar, dass Menschen, die in solchen Gruppierungen aktiv sind, im konventionellen und unkonventionellen Bereich höhere Werte aufweisen. Nur beim politischen Konsum ist es umgedreht, hier ist eine höhere Aktivität bei denjenigen zu beobachten, die nicht in solchen Gruppen aktiv sind (vgl. ebd.: S. 66). Ein weiterer Einflussfaktor für das konventionelle und unkonventionelle Engagement ist auch die Anzahl politisch aktiver Freunde, dies wirkt sich Besonders stark auf unkonventionelle Partizipationsformen aus.

Anderes lässt sich beim politischen Konsum beobachten, denn da ist das Engagement sogar höher, wenn keine oder nur einige politisch aktive Freunde vorhanden sind (vgl. ebd.). Folglich nimmt der politische Konsum im Vergleich zu den beiden anderen Formen eine gesonderte Rolle ein, die niedrigschwelliger zu sein scheint.

Ressourcen

Bei den Ressourcen lassen sich vor allem beim Geschlecht, Alter und beim Bildungsgrad signifikante Effekte feststellen. Die „Ressource“ Geschlecht wirkt sich insofern auf die Wahl der Partizipationsform aus, als dass junge Männer eher in institutionalisierten Formen politisch aktiv werden und junge Frauen eher Aktivitätsformen wählen, die eine „geringere Einbindung in traditionelle politische Strukturen sowie kurzzeitiges, individuelles Engagement und Gemeinschaftssinn“ (Grohe 2016: 76) kennzeichnen. Auch das Alter steht insofern mit dem Partizipationsverhalten in Verbindung, dass die konventionellen und unkonventionellen Aktivitäten mit dem Alter zunehmen. Beim politischen Konsum ist das Engagement dagegen in allen Altersklassen etwa gleich groß (vgl. Gaiser/Rijke 2016: 59 f.). Wie sich anhand der Ergebnisse zeigt, hat Bildung einen besonders hohen Einfluss auf das unkonventionelle Engagement: Je höher der Bildungsabschluss, desto höher die Bereitschaft zu partizipieren. Diese Unterschiede fallen im konventionellen Bereich geringer aus und auch beim politischen Konsum sind die Unterschiede nicht so groß wie im unkonventionellen Bereich, aber dennoch ist ein Bildungseffekt deutlich erkennbar (vgl. ebd. S. 60 f.). Auch weisen die Befragten, die sich in der Schule aktiv beteiligten, später höhere Werte im konventionellen und unkonventionellen Bereich auf (vgl. ebd. S. 62). Dass die Schulbildung einen Einfluss auf das politische Engagement hat, ergibt sich auch aus dem qualitativen Teil der FES-Studie (vgl. Sandbrink/Steinwede 2016: 99).

Motivationen im engeren Sinne

Zur Strukturierung der verschiedenen Motivationen im engeren Sinne wird sich auch der Unterteilung bedient, wie sie im quantitativen Teil der FES-Erhebung angewandt wurde. Unterteilt wurde in politisches Interesse, Selbstwirksamkeit, kritische Werteorientierungen und in das Vertrauen in politische Institutionen. Im quantitativen Teil ist diese Einordnung schon erfolgt, für die qualitativen Ergebnisse wird dies hier ergänzend vorgenommen und dabei quantitative und qualitative Ergebnisse in ein Verhältnis zueinander gesetzt. In den qualitativen Interviews der FES wurden verschiedene individuelle Motivationen genannt, die im Ergebnis zum politischen Engagement führen. Es wurde beispielsweise ausgeführt, dass politisches Interesse als Voraussetzung angesehen wird, etwas ändern zu können (Sandbrink/Steinwede 99). Diese Aussage bestätigt sich auch beim Blick auf die Ergebnisse aus der quantitativen Erhebung: Aus den dort erhobenen Motivationsfaktoren ergibt sich, dass vor allem das Ausmaß des politischen Interesses sich auf das Partizipationsverhalten im konventionellen und unkonventionellen Sinne auswirkt: Je höher das politische Interesse, desto höher ist auch das politische Engagement (vgl.

Gaiser/Rijke 2016: 64). Beim politischen Konsum genügt schon ein mittleres Interesse, um mehr als ein Drittel der Befragten zu mobilisieren. Dies erklären sich die WissenschaftlerInnen damit, dass diesem Handeln ein breiteres Politikverständnis zugrunde liegt (vgl. ebd.: 63). Im Hinblick auf eine kritische Werteorientierung lassen sich Motive zum politischen Engagement anhand der Zustimmung zu bestimmten normativen Aussagen über politische Aktivitäten generieren. Die höchste Zustimmung erhielt die Aussage: „Wenn Dich etwas stört, musst Du versuchen, es zu ändern.“, dem stimmten knapp drei Viertel der Befragten zu. Ähnlich viel Zustimmung erhielt die Aussage, dass es wichtig sei, „seinen Beitrag zur Verbesserung der Welt zu leisten.“ (Gaiser 2016: 11).

Aus der qualitativen Gruppen-Diskussion der d|part-Studie geht hervor, dass „Verantwortungs- und Pflichtgefühl [...] die Hauptmotivation junger Leute für die Beteiligung an Politik“ sind (Heyer/Hübner 2013: 2). Diese Haltung wurde damit begründet, dass eine Demokratie partizipierender BürgerInnen bedarf. Das Individuum würde sich diese Erwartung selbst auferlegen und diese Meinung auch bei der restlichen Gesellschaft vermuten (vgl. ebd.: 5). Beispielformulierungen zur Äußerung derartiger Innenansichten sind u.a., dass das System nur funktioniere, „wenn alle Verantwortung übernehmen.“ Dies sei „wie ein innerer moralischer Zeigefinger.“ (ebd.: 2). Auf der anderen Seite führt aber die Auffassung von Partizipation als „Bürgerpflicht“ auch dazu, dass sie „schnell als Bürde wahrgenommen“ wird (ebd.: 5). Dem untergeordnet ist die „Beteiligung aus persönlicher Überzeugung“ (ebd.:5).

Welche Formen des Engagements ergeben sich aus der Motivation einer kritischen Wertorientierung? Aufschluss darüber gibt ein Blick auf die positiv bewerteten Engagements: Demnach bekommt das Engagement „vor Ort“ mit 19 Prozent am meisten Zuspruch, gleichauf mit dem „Engagement aus humanitären und/oder politischen Gründen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“, dicht gefolgt von dem Engagement für Umweltschutz (Gaiser/Rijke 2016: 67).

Auch können Fragen über tagespolitische Ereignisse der Ursprung für die Entwicklung eines politischen Interesses sein (Sandbrink/Steinwede 99). Diese Form wird hier am ehesten der Dimension der kritischen Wertorientierungen zugeordnet, weil der Punkt so verstanden wird, dass sich über eine Frage und demzufolge eine kritische Haltung eine Motivation zur Partizipation entwickelt hat. Des Weiteren lassen sich auch in quantitativer Hinsicht Effekte hinsichtlich der kritischen Werteorientierung beobachten: Wem diese Werte wichtig sind, engagiert sich auch mehr im konventionellen und unkonventionellen Sinne (vgl. Gaiser/Rijke 2016: 64).

Des Weiteren lassen sich Effekte hinsichtlich der Motivationsfaktoren der Selbstwirksamkeit beobachten. Mit dem Konzept der Selbstwirksamkeit ist „die Bereitschaft zu individueller Verantwortungsübernahme und [das] Gefühl der relativen Sicherheit, eigene Entscheidungen und Handlungen durchsetzen zu können“ gemeint (Gaiser/Rijke 2016: 63).

Bei einer höheren Einschätzung der Selbstwirksamkeit ist auch das Engagement im konventionellen und unkonventionellen Sinne höher. Beim politischen Konsum ergeben sich in dieser Beziehung keine Effekte (vgl. ebd.: 64). Aus den qualitativen Interviews geht hervor, dass die Selbstwirksamkeit zusammen mit anderen Motivationen der kritischen Wertorientierung untergeordnet ist (vgl. Heyer/Hübner 2013: 1). Hinsichtlich der Selbstwirksamkeit können in den qualitativen Interviews die Aussagen gefasst werden, wonach „innerer Gestaltungswille“ motivierend wirkt. Allerdings wird auch festgehalten, dass dieses Element auf der einen Seite zwar motivierend wirkt, andererseits „aber auch als Bürde empfunden werden kann.“ (Heyer/Hübner 2013: 1). Das politische Handeln aus persönlicher Überzeugung sei aber insofern als voraussetzungsreich anzusehen, weil dieses ein „bereits gefestigtes Werteverständnis“ voraussetzt (ebd.: 5).

Auch lässt sich ein in den Gruppendiskussionen erläuteter Fall in die Kategorie des Vertrauens in politische Institutionen zuordnen. In diesem Fall wird angegeben, dass das Jugendpolitische Engagement zustande gekommen sei, um dem Gefühl, nicht vertreten zu werden, entgegenzuwirken (Sandbrink/Steinwede 99). Daraus wird abgeleitet, dass zwar der bisherigen Arbeit der Institutionen misstraut wurde, deshalb aber die Initiative ergriffen wurde, um die Institutionen besser zu besetzen bzw. darauf hinzuwirken, selbst besser vertreten zu werden.

Der Motivationsfaktor des politischen Vertrauens ergibt laut der quantitativen Ergebnisse nur bei unkonventionellen Beteiligungsformen Effekte: Je geringer das Vertrauen in politische Institutionen, desto höher ist die Motivation, sich politisch zu engagieren (vgl. Gaiser/Rijke 2016: 64). Es werden weitere Motivationen genannt, die nicht in die schon genannten Kategorien passen: Gemeinschaftssinn und das Streben nach persönlicher Weiterentwicklung. Der Gemeinschaftssinn lässt sich aus Motivationen ableiten, die den „Austausch und das Erreichen gemeinsam mit anderen, das aktiv Werden [sic!] in der Gemeinschaft“ (Heyer/Hübner 2013: 5) zum Inhalt haben und wird wiederum vom Streben nach Anerkennung motiviert, weil Zusammenarbeit mit Bestätigung bzw. positiver Rückmeldung verknüpft werden (ebd.).

Als eine weitere in beiden Quellen ausgemachte Motivation kann das Streben nach der eigenen Weiterentwicklung ausgemacht werden. Auf quantitativer Ebene fallen darunter die Zustimmung zu den Aussagen, dass wer politisch aktiv ist, „interessante Menschen kennenlernen und Netzwerke knüpfen“ kann und von seinem „Engagement in der Politik [...] auch persönlich profitieren“ kann (Gaiser 2016: 11). Wie aus den qualitativen Interviews hervorgeht, kann dies auch eigenständig formuliert werden, indem als Motivation der „Austausch und das Erreichen gemeinsam mit anderen, das aktiv Werden [sic!] in der Gemeinschaft sowie die Erweiterung des eigenen Horizonts“ (Heyer/Hübner 2013: 5) genannt werden. Zwar ließe sich das Gemeinschaftsstreben thematisch der Ebene der sozialen Netze und das Streben nach individueller Weiterentwicklung

den Ressourcen zuordnen, allerdings würde der Sinn der Dimensionen verfehlt, da es sich bei den beiden Punkten um geäußerte intrinsische Motivationen handelt und nicht um Faktoren, die indirekt zu den Motivationen beitragen.

3.3 Motivationsfaktoren zur Engagement-Stabilisierung

Ob junge Menschen engagiert bleiben, hängt laut der Studie von zwei grundlegenden Faktoren ab: Einerseits komme es auf die intrinsische Motivation an, die durch Erfolgserlebnisse erneuert werde, sowie auf die Kompetenz, mit Hürden umzugehen, die für das politische Engagement überwunden werden müssten (vgl. Sandbrink/Steinwede 2016: 102). Deshalb soll auf die Hürden in einem anschließenden Kapitel genauer eingegangen werden. Beim Blick auf die Ereignisse, die als die Motivation erneuernde Elemente definiert werden, fällt auf, dass diese fast ausschließlich dem Spektrum der Selbstwirksamkeit zugeordnet werden können: die Befriedigung und das Selbstbewusstsein, das mit erfolgreicher politischer Arbeit einhergeht (vgl. ebd.); die Möglichkeit an der Entwicklung des Bewusstseins von Menschen mitzuwirken und folglich ihre Handlungen zu beeinflussen; das Bewirken von Dingen auch wenn damit eine Ablehnung einherginge (vgl. ebd. S. 103). Dazu gezählt werden auch die positiven Rückmeldungen anderer Menschen. Wie schon im Teil, der sich mit den Motivationsfaktoren zum politischen Engagement beschäftigte, wird auch hier als Erfolg definiert, Menschen kennen zu lernen und sich weiterzuentwickeln. Diesem Element wurde schon im vorherigen Teilabschnitt eine eigene Kategorie zugewiesen.

4. Engagements-Hürden

Nachdem nun die Erkenntnisse zu den Motivationen zusammengetragen wurden, soll auf mögliche Hürden eingegangen werden, um diese in Überlegungen zu mehr politischer Partizipation mit einbeziehen zu können. Diese Hürden werden ebenfalls in die drei Ebenen des Modells von Verba et al. eingeordnet, um eine Einheitlichkeit zu erzielen und weil davon ausgegangen wird, dass die gleichen Elemente, die zum Engagement führen in ihrer Verneinung zu einem Ausbleiben des Engagements führen.

4.1 Hürden auf dem Weg zum Engagement

Soziale Netze

Eine Gruppe von Hürden lässt sich der Dimension sozialer Netze zuordnen, da sich dabei das Zögern, sich politisch zu beteiligen aus Bedenken speisen, wie das soziale Umfeld darauf reagieren könnte. Die Befürchtungen bestehen darin, „dass es komisch scheint, politische Reden zu halten und dass das nicht gut ankommt bei den Freunden.“ (Heyer/Hübner 2013: 8). Zumindest könne sich mit Freunden, die sich nicht für Politik interessieren, nicht über derartige Themen ausgetauscht werden (vgl. ebd.).

Ressourcen

Im Hinblick auf die Distanzierung hinsichtlich des Engagements in Parteien lassen sich verschiedene Faktoren ausmachen, die der Ressourcen-Dimension zugeordnet werden können. So stimmen nahezu drei Viertel einer innerhalb der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführten Erhebung zu, dass ihnen unklar sei, wie sie sich einbringen können (vgl. Molthagen 2016: 180). Dies wird hier zu den Ressourcen zugeordnet, auch wenn ebenso wie ein Bildungsdefizit auch ein Interessendefizit ursächlich für diese Wissenslücke sein kann. Als ein weiterer messbarer Faktor lässt sich die Unkenntnis der Parteirepräsentanten nennen, dem stimmen über zwei Drittel der Befragten zu (vgl. Krell/Dresse 2016: 172). Zwar kann das Unwissen über die Parteirepräsentanten auch von einem mangelnden Interesse herrühren, dennoch wird hier angenommen, dass auch die Bildung als Ressource damit im Zusammenhang steht und ein mögliches Interesse mobilisieren könnte. Auch geben etwas weniger als die Hälfte der Befragten an, ihnen fehle das Wissen, welche Möglichkeiten mit dem Engagement verbunden seien (vgl. ebd.). Die WissenschaftlerInnen der d|part-Studie gelangen zu dem Ergebnis, dass „der Faktor Zeit die am häufigsten genannte Barriere für politische Beteiligung“ ist (vgl. Heyer/Hübner 2013: 6). Ein Faktor, der damit zusammengedacht werden kann, ist der Faktor der „Energie“, im Sinne der menschlichen Ausdauer für bestimmte Lebensbereiche (vgl. ebd.).

Motivationen

Von jungen Menschen, die nicht aus einem Pool von engagierten jungen Menschen stammen, lautet das wohl trivialste Hemmnis, sich nicht in einer Partei zu engagieren, die Zustimmung zu dem Satz: „Keine Lust“. Das gaben nahezu drei Viertel der Befragten an (vgl. Molthagen 2016: 83). Auf einer anderen Ebene bewegen sich die Bedenken politisch interessierter und zum Engagement williger junger Menschen: Laut den Beteiligten der d|part-Studie, und damit schon engagierten jungen Menschen, liegt ein Hemmnis zur Beteiligung zum einen in der Angst vor Uninformiertheit und der damit verbundenen Befürchtung, falsche Werte zu vertreten (vgl. Heyer/Hübner 2013: 1). Diese Zweifel entstünden vor dem Hintergrund, dass die jungen Engagierten den Anspruch haben, „dass man angemessen informiert sein muss, um eine fundierte Meinung entwickeln zu können.“ (ebd.: 6). Dazu gehöre es, „Pro und Contra der beteiligten Akteure zu kennen sowie zu wissen, was die Entscheidungsgrundlage zu einem Thema ist.“ (ebd.). Was diese Ansprüche zur Hürde werden lässt, ist die Tatsache, dass diese gründliche Auseinandersetzung Ressourcen wie „Zeit und Energie“ benötigt, die häufig schon in andere Lebensbereiche, wie Beruf, Familie und Freizeit fließen (ebd.). Als zusätzliches Erschwernis käme die Informationsvielfalt hinzu, was mit einem „Gefühl der Überforderung und Misstrauen gegenüber Information“ einherginge (ebd.). Diese Zweifel werden hier dem potenziellen Motivationsfaktor der kritischen Wertorientierungen zugeordnet, der in diesem Fall zur Verneinung des Engagements führt. In diesem Falle führt „das Zusammenspiel aus komplexen politischen Zusammenhängen, Überforderung mit Information und den Erwartungen an die eigene Urteilsfähigkeit“ (ebd.: 1) dazu, eine Hürde zu bilden.

Zum anderen gelangen die AutorInnen der Studie zu dem Schluss, dass „[d]er Fokus auf Personalien und die wahrgenommene Abwendung von Inhalten [...] ein hohes Frustrationspotential“ birgt (Heyer/Hübner 2013: 2). Ausformuliert werden solche Bedenken beispielsweise wie folgt: „Dass nicht die Ideen entscheiden, wer letztendlich an die Macht kommt, sondern einfach, wer sich am besten darstellen kann. Da ist für mich hohes Frustrationspotenzial in Sachen repräsentative Demokratie.“ (ebd.) Für junge Menschen sei es wichtig, ihre eigene Urteilsfähigkeit einbringen zu können. Dem stünde aber die Wahrnehmung entgegen, dass „eine von Personen statt von Inhalten getragene Politik ihnen genau diese eigene Urteilsfähigkeit abspricht.“ (ebd.) Dies führe in der Konsequenz zur Frustration (vgl. ebd.). Insofern entsteht die Hürde durch einen Mangel an wahrgenommener Selbstwirksamkeit. Ein ähnlicher Demotivationshintergrund bildet auch die Wahrnehmung, als Jugendlerner nicht in Parteien einbezogen zu werden (Krell/Dresse 2016: 172). Ein weiteres Hindernis, dass auf der Ebene der Selbstwirksamkeit zustande kommt, ist „ein Ohnmachtsgefühl gegenüber den großen sozialen und politischen Fragen“, was dazu führt, dass die jungen Engagierten ihrerseits keinen Einfluss auf

politische Entscheidungen für möglich halten (Heyer/Hübner 2013: 9). Hinzu kommt, dass sie sich nicht im Parteiensystem verorten können oder wollen: „Es gab bisher noch keine Partei, von der ich sagen konnte: Da passe ich rein ohne mich völlig verbiegen zu müssen.“ Auch wird mit dem Eintritt in eine Partei der Eindruck verbunden, hinsichtlich der eigenen Ansichten eingeschränkt zu werden: „Das [Parteiensystem] schreckt mich echt ab, weil ich meine eigene Meinung immer neu bilden können will und nicht mit anderen Menschen einverstanden sein muss.“ (ebd.: 8). Auch geben über die Hälfte der Befragten an, dass ihnen „Politiker zu abgehoben“ seien (Krell/Dresse 2016: 172). Aus der aktuellen Shell Jugendstudie gehen zwei verschiedene Gründe hervor, warum junge Menschen sich gegenüber Parteien distanzieren. Der eine Grund referiert auf das Einschätzen der Selbstwirksamkeit, indem „die Schwelle, als Jugendlicher in Parteien mehr oder weniger unverbindlich mitdiskutieren und mitarbeiten zu können, als zu hoch empfunden“ wird (Albert 2015: 199).

Der andere Punkt bezieht sich auf das Vertrauen in politische Institutionen, indem das Vertrauen gegenüber Parteien „unterdurchschnittlich“ ausgeprägt ist (ebd.). Das zeigt sich auch in den Ergebnissen der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, bei der nahezu zwei Drittel der Befragten der Aussage zustimmten, dass Parteien Probleme nicht lösen könnten (vgl. Molthagen 2016: 180). Dieses mangelhafte Vertrauen spiegelt sich auch in einer mit 46 Prozent recht hohen Zustimmung der Aussage „Politik ist Zeitverschwendung“ wider (vgl. ebd.). Allerdings kann auch positiv hervorgehoben werden, dass etwas mehr als die Hälfte der Befragten dieser Aussage nicht zustimmt (vgl. ebd.). Deshalb wird als Alternative beispielsweise „für bestimmte Einzelthemen“ (Heyer/Hübner 2013: 8) in NGOs gearbeitet oder „eigene Wege“ wie beispielsweise über Bildung oder Kinder- und Jugendarbeit, zur Werte-Vermittlung entwickelt (vgl. ebd.). Auch diese Bedenken werden hier den kritischen Wertorientierungen zugeordnet.

4.2 Hürden während des Engagements

Auch lassen sich Hürden beschreiben, die für das Fortsetzen des Engagements überwunden werden müssen. Als Hürde, die hier am ehesten der Gruppe der sozialen Netze zugeordnet werden kann, ist die Hürde der Anfeindungen, denen politisch engagierte Menschen begegnen, die sich gegen „Politik‘ im Allgemeinen“ (Sandbrink/Steinwede 2016: 104) richten. Diese äußern sich in Verachtung, Unverständnis oder „einem schlichten Desinteresse“ (ebd.). Als knappe Ressource kann auch in diesem Zusammenhang die Zeit genannt werden, weil neben dem Engagement auch Bereiche wie Ausbildung, Freizeit, Familie und Berufsleben vereinbart werden müssen (vgl. ebd.). Auf der Motivationsseite ergibt sich unter anderem die Schwierigkeit, dass „ein Mangel an konkreten Erfolgserlebnissen auch mit so etwas wie Trott einhergehen könne.“ (ebd.).

5. Gegenüberstellung Motivation und Hürden

Nachdem nun einzeln Motivationen und Hürden zur politischen Partizipation zusammengetragen wurden, sollen diese beiden Faktoren in Beziehung zueinander gesetzt werden: Dabei soll untersucht werden, inwiefern es Schnittstellen und Abweichungen gibt. Insgesamt lässt sich anhand der vorliegenden Datengrundlage beobachten, dass Motivationen und Hürden insofern in einem Verhältnis zueinander stehen, dass die gleichen Faktoren, die motivierend wirken, in ihrer gegenteiligen Ausprägung bzw. Wahrnehmung zu Hürden werden: Spielen bei den Motivationen im weiteren Sinne vor allem soziale Netze, wie der Einfluss von Familie und Freunden eine Rolle, sowie die Tätigkeit in Vereinen oder informellen Gruppen, kann sich die Bezugnahme auf diese Netze auf das Engagement auch vermeidend auswirken, wenn damit die Befürchtung einhergeht, dass soziale Netze die Tätigkeit ablehnen. Sofern das Engagement schon besteht, wird es zumindest auf der Ebene der sozialen Netze erschwert.

Auch bei den Ressourcen ergeben sich auf der Motivationsseite aus den Faktoren Geschlecht, Alter und Bildung Effekte auf das Partizipationsverhalten. Anhand der Hürden lassen sich aus dem Datenmaterial noch zwei weitere Faktoren ausmachen, die als Ressourcen gedacht werden können: So sind Zeit und Energie im Sinne des menschlichen Durchhaltevermögens wesentliche Ressourcen, deren Ermangelung politisches Engagement verhindert oder mindert. Auf der Motivationsebene im engeren Sinne scheint vor allem die Motivation aus kritischen Wertorientierungen eine Rolle zu spielen, neben anderen Faktoren, wie des politische Interesses als Voraussetzung zum politischen Engagement und die Selbstwirksamkeit, sowie Gemeinschaftssinn und das Streben nach persönlicher Weiterentwicklung. Die letztgenannten drei Faktoren wirken wiederum stabilisierend auf die einmal aufgenommene Ausübung des Engagements. Hinsichtlich der Hürden lässt sich dies umgekehrt formulieren: Mangelt es an Interesse und wahrgenommener Selbstwirksamkeit, ergeben sich Hürden. Der Faktor des Vertrauens in Institutionen kann nicht nur als Motivationsgrund für das Aufnehmen eines Engagements wirken, sondern auch dazu führen, dass es dadurch zu keinem Engagement kommt, weil die Distanz zu den Akteuren als zu groß wahrgenommen wird. Auch die kritischen Wertorientierungen können zu Hürden werden, weil die hohen eigenen Maßstäbe dazu führen, dass lieber nicht gehandelt wird, als diese Maßstäbe zu unterlaufen. Auch mit der Selbstwirksamkeit verhält es sich spiegelverkehrt zu den Motivationen: Wird dem eigenen Wirken nicht ausreichend Reaktion in der Umwelt in Aussicht gestellt, kann dies als Hürde während des Engagements empfunden werden.

6. Fazit und Ausblick

Wie in der Auseinandersetzung mit den dieser Arbeit zugrunde gelegten Studien deutlich wurde, gibt es verschiedene Einflussfaktoren und Motivationen, die zum politischen Engagement führen und wiederum Hürden, die diesem im Wege stehen. Beides lässt sich überwiegend mit dem Modell von Verba et al. übersichtlich in drei Dimensionen einordnen und damit zusammenfassen. Innerhalb dieser drei Ebenen ergibt sich ein vielschichtiges Bild an Motivationen und Hürden zum politischen Engagement. Dabei stechen bei jeder Ebene jeweils Faktoren hervor, die einen besonders hohen Einfluss auf das Engagement haben. So wird im Bereich der sozialen Netze vor allem der Einfluss der Eltern oder von politisch interessierten Freunden sichtbar. Hinsichtlich der Ressourcen ist als bedeutsamster Faktor die Bildung auszumachen. Und im Bereich der Motivationsfaktoren im engeren Sinne wirkt sich vor allem das politische Interesse auf die Bereitschaft zum Engagement aus. Insofern kann die eingangs aufgestellte Hypothese, wonach ein starker Einfluss der Eltern, des Freundeskreises und der Bildung auf die Motivation zum Engagement vermutet wurde, zwar bestätigt werden, es ergibt sich aber beim Blick auf die Ergebnisse ein vielschichtiges Bild, sodass die Hypothese zwar stimmt, aber um genannte weitere Faktoren erweitert werden sollte.

Auch das Gegengewicht zu den Motivationen – die Motivationshürden – lassen sich mit demselben Modell strukturiert wiedergeben. Insofern taugt das Modell, um Motivationen zur Partizipation und Hürden die sich in diesem Zusammenhang ergeben, zu erfassen. Sowohl anhand der Motivationen als auch anhand der Hürden ließen sich anhand hermeneutischer Schlüsse Konzeptideen für mehr Partizipation entwickeln. Dies soll hier nur holzschnittartig und in Ansätzen geschehen, weil die genauere Auseinandersetzung damit eine andere Fragestellung darstellt, als dieser Arbeit zugrunde gelegt wurde. Dabei wird so vorgegangen, dass anhand der Dimensionen nach Verba et al. und der Gegenüberstellungen von Motivationen und Hürden Ansatzpunkte für die Formulierung von Maßnahmen für mehr Partizipation ausgemacht werden. Davor soll aber zunächst erörtert werden, in welcher Beziehung die drei Dimensionen zueinander stehen.

Wie schon am Anfang der Arbeit erläutert, wurden hier die beiden ersten Dimensionen als Motivationen im weiteren Sinne aufgefasst, weil soziale Netze und Ressourcen als Voraussetzungen angesehen werden, deren Beschaffenheit das Individuum in vielen Fällen nicht selbst beeinflussen kann. So wird beispielsweise jedes Individuum in eine Familie hineingeboren und sozialisiert und dann in diesem Kontext mit einer bestimmten Bildung ausgestattet. So gesehen könnte man bei den beiden Faktoren der sozialen Netze und der Ressourcen von Motivationsbedingungen sprechen, da deren Beschaffenheit sich auf die Motivation im engeren Sinne auswirkt. Bei der Entwicklung eines Programmes für mehr politische Partizipation erschiene

es sinnvoll, mehrstufig vorzugehen, um möglichst viele Adressaten zu erreichen. So könnte auf Defizite auf allen drei Ebenen eingegangen werden und auch die Faktoren abgedeckt werden, die hier keiner dieser Ebenen zugeordnet werden konnten.

Wie könnte also ein Programm gestaltet werden, das möglichst viele junge Menschen erreichen und zum politischen Partizipieren bewegen soll? Auf der Ebene der sozialen Netze könnten beispielsweise Angebote geschaffen oder ausgebaut werden, die einem Mangel an politischer Mobilisierung entgegenwirken könnten. Möglichkeiten wären innerhalb der Schulbildung verschiedene Projekttagungen für Schulklassen fest einzuplanen. Dadurch hätten die SchülerInnen die Möglichkeit, mit anderen Themen und anderen politischen BildnerInnen als in der Schule in Kontakt zu kommen. Außerhalb der Schulbildung könnten auch Jugendzentren gefördert werden, die in ihrem Programm politische Bildung anbieten. Damit würde auch die Ressource „Bildung“ gesteigert. Hinsichtlich der Ressourcenebene sollte auf die verschiedenen Bedürfnisse eingegangen werden, die aufgrund der Faktoren Geschlecht und Alter variieren.

Im Bereich der Motivationsfaktoren im engeren Sinne müssten Konzepte entwickelt werden, die zur Folge haben, dass politisches Engagement auch für junge Menschen attraktiv ist. Weil vor allem die kritische Wertorientierungen und die Selbstwirksamkeit entscheidende Motivationsfaktoren im engeren Sinne sind, sollten weitere Forschungen darüber angestellt werden, wie junge Menschen über diese Faktoren erreicht werden können. Dabei könnte sich an den Wünschen der jungen Menschen selbst orientiert werden, über die ebenfalls die FES-Studie Aufschluss gibt: So wird die Frage, was Parteien tun können, um für junge Menschen attraktiver zu werden, mit verschiedenen Vorschlägen beantwortet: Es wird sich die Mitarbeit ohne Mitgliedschaft gewünscht, sowie das Schaffen von Voraussetzungen, die jungen Leuten zu mehr „Sichtbarkeit“ und Mitgliedereinfluss verhelfen. Außerdem präferieren die Befragten eine klare Programmatik, mehr Freizeitaktivitäten und Möglichkeiten zum kurzfristigen Engagement (vgl. Krell/Dresse 2016: 173). Aus einem weiteren Beitrag werden noch zwei Ergänzungen sichtbar: Demnach sollte es mehr Demokratie „von unten“ und eine Quotenregelung für junge Menschen bei der Ämtervergabe geben (vgl. Molthagen 2016: 182). Auch könnten Anregungen von bereits engagierten jungen Menschen eingebaut werden, wie sie aus einem Beitrag von Achim Schröder hervorgehen. Darin schlagen die Interviewten drei Veränderungen für ein stärkeres politisches Engagement junger Menschen vor: politische Themen stärker in der Schule behandeln, den Kontakt zwischen Politikern und jungen Menschen steigern und Partizipationsformen flexibilisieren (vgl. Schröder 2016: 113).

Hinsichtlich weiterer Forschungsvorhaben wird festgehalten, dass nicht abschließend geklärt werden konnte, wie die Beziehung dieser einzelnen Dimensionen zueinander ist. Dies wäre ein mögliches weiteres Forschungsvorhaben, das als Grundlage für die Entwicklung von Partizipationskonzepten hilfreich wäre. Es wird aus den innerhalb dieser Arbeit getätigten Beobachtungen folgende Thesen für das Wechselverhältnis der drei Dimensionen zueinander aufgestellt: Die Dimensionen der Ressourcen und der sozialen Netze bilden die Voraussetzung für die Motivation sich politisch zu engagieren. Jedoch müssen nicht zwingend beide Dimensionen vorhanden sein. Auch allein Ressourcen, wie beispielsweise ein gewisser Bildungsgrad oder das Eingebundensein in sozialen Netzen können ausreichen, um beispielsweise die Grundlage für den Motivationsfaktor des politischen Interesses zu bilden. Um die Richtigkeit dieser Beziehungen zu prüfen, könnten weitere Forschungen angestrengt werden, um weitere Erkenntnisse darüber zu gewinnen, welches Mindestmaß an Einflüssen für ein politisches Engagement vonnöten ist. Anhand dieser Erkenntnisse könnten dann wiederum Programme entwickelt werden, die mit möglichst wenig Aufwand eine möglichst hohe Anzahl an Menschen zum politischen Engagement bewegen könnte. Auch gibt die hier verwendete Datenbasis nur wenig Auskunft darüber, wie die Motivationen im engeren Sinn zu gewichten sind. Dies könnte den Anlass für weitere Forschungsvorhaben bilden. Dazu könnten die qualitativen Ergebnisse als Vorlage für quantitative Erhebungen dienen. Die Politikwissenschaft sollte nach ihren Möglichkeiten zu praxisnahen Strategien für mehr politisches Engagement beitragen, damit das Funktionieren des politischen Apparates auch in Zukunft gewährleistet werden kann und auch junge Menschen repräsentiert werden und selbst in dieser Repräsentationsfunktion tätig werden können.

7. Literatur

- Albert, Mathias (Hrsg.). 2015. *Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch.
- Diekmann, Andreas und Peter Preisendörfer. 2001. *Umweltsoziologie. Eine Einführung*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verl.
- Gabriel, Oscar W. und Kerstin Völkl. 2005. Politische und soziale Partizipation. In: Gabriel, Oscar W. et al. (Hrsg.), *Handbuch politisches System der Bundesrepublik Deutschland*. München: Oldenbourg, 523-574.
- Gabriel, Oscar W. und Kerstin Völkl. 2008. Politische und soziale Partizipation. In: Oscar W. Gabriel und Sabine Kropp (Hrsg.), *Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, 268-298.
- Gaiser, Wolfgang. 2016. Partizipationswünsche junger Menschen ... und wie man darauf reagieren könnte. In: *FES - Studie zur politisch-gesellschaftlichen Teilnahme Jugendlicher Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse*, 11-12.
- Gaiser, Wolfgang und Johann de Rijke. 2016. Jugend und politische Partizipation heute. In: Wolfgang Gaiser (Hrsg.), *Jung – politisch – aktiv?! Politische Einstellungen und politisches Engagement junger Menschen : Ergebnisse der FES-Jugendstudie 2015*. Bonn: Dietz, 50-71.
- Grohe, Hannah. 2016. Junge Frauen und Politik - Erkenntnisse zur Geschlechter(un)gleichheit in politischer Partizipation. In: Wolfgang Gaiser (Hrsg.), *Jung – politisch – aktiv?! Politische Einstellungen und politisches Engagement junger Menschen : Ergebnisse der FES-Jugendstudie 2015*. Bonn: Dietz, S. 72-91.
- Heyer, Anne und Christine Hübner. 2013. „Von der gesellschaftlichen Verantwortung und so...!“. *Motivationen & Barrieren für politische Beteiligung*.
- Kaase, Max. 1997. Vergleichende politische Partizipationsforschung. In: Dirk Berg-Schlosser und Ferdinand Müller-Rommel (Hrsg.), *Vergleichende Politikwissenschaft. Ein einführendes Studienhandbuch*. Opladen: Leske + Budrich, 159-174.
- Krell, Christian und Marcel Dresse. 2016. Partei-Identifikation und politisches Engagement. Die Werte der Sozialen Demokratie bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. In: Wolfgang Gaiser (Hrsg.), *Jung – politisch – aktiv?! Politische Einstellungen und politisches Engagement junger Menschen : Ergebnisse der FES-Jugendstudie 2015*. Bonn: Dietz, 160-176.
- Molthagen, Dietmar. 2016. Einstellungen zu und Engagement in Parteien. In: Wolfgang Gaiser (Hrsg.), *Jung – politisch – aktiv?! Politische Einstellungen und politisches Engagement junger Menschen : Ergebnisse der FES-Jugendstudie 2015*. Bonn: Dietz, 177-195.
- Radtke, Günter D. 1976. *Teilnahme an der Politik. Bestimmungsgründe der Bereitschaft zur politischen Partizipation, ein empirischer Beitrag*. Leverkusen: Heggen.
- Sandbrink, Katharina und Jacob Steinwede. 2016. Qualitative Interviews mit engagierten jungen Menschen. In: Wolfgang Gaiser (Hrsg.), *Jung – politisch – aktiv?! Politische Einstellungen und politisches Engagement junger Menschen : Ergebnisse der FES-Jugendstudie 2015*. Bonn: Dietz, 93-106.

- Schröder, Achim. 2016. "In kleinen Schritten die Welt verändern" - Ausgewählte qualitative Daten der FES-Jugendstudie 2015 und ihre biographische Deutung. In: Wolfgang Gaiser (Hrsg.), *Jung – politisch – aktiv?! Politische Einstellungen und politisches Engagement junger Menschen : Ergebnisse der FES-Jugendstudie 2015*. Bonn: Dietz, 107-130.
- Steinbrecher, Markus. 2009. *Politische Partizipation in Deutschland*. Zugl.: Bamberg, Univ., Diss., 2008. Baden-Baden: Nomos.
- Steinwede, Jacob, Katharina Sandbrink und Julian von der Burg. 2016. Jung-politisch-aktiv?! Fragestellung, Methodik und Basisbefunde der empirischen Studie. In: Wolfgang Gaiser (Hrsg.), *Jung – politisch – aktiv?! Politische Einstellungen und politisches Engagement junger Menschen : Ergebnisse der FES-Jugendstudie 2015*. Bonn: Dietz, 15-31.
- Verba et al. 1995. *Voice and equality. Civic voluntarism in American politics*. Cambridge, Mass. u.a.: Harvard Univ. Press.